



CLAUDIA KEMFERT

Ein Importstopp könnte ein Booster für die Energiewende sein

Claudia Kemfert ist Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt im DIW Berlin. Der Kommentar gibt die Meinung der Autorin wieder.

Die Nachrichten aus der Ukraine, die Bilder von unzähligen toten Zivilisten sind ein Albtraum. Und Deutschland hat nichts Besseres zu tun, als über Spritpreise und zu hohe Kosten eines möglichen Importstopps russischer Energieträger zu debattieren. Das allein ist schon absurd genug. Absurd muten aber auch einige Argumente gegen einen sofortigen Importstopp an.

Das wichtigste ist derzeit, dass diese Energieimporte aus Russland nicht ersetzt werden könnten. Dies ist aber nur bedingt richtig. Sicherlich wird es nicht reichen, nur die Einfuhren aus anderen Ländern zu erhöhen, um den Wegfall russischer Energieimporte zu kompensieren. An zwei weiteren Stellschrauben muss dringend gedreht werden: unserem Verbrauch und einer effizienteren Pipeline- und Speicherinfrastruktur. Aktuelle Berechnungen zeigen, dass ein Wegfall russischer Energieimporte verkraftbar wäre.

Richtig ist, dass Deutschland abhängig von russischen Energieimporten ist. Aber diese Importe sind nicht alternativlos; Russland hat kein Monopol. Für Steinkohle gibt es leicht verfügbare, alternative Lieferanten, etwa Südafrika oder Kolumbien. Auch Öl ist derzeit auf dem Weltmarkt nicht knapp. Die OPEC kann ihre Förderquoten erhöhen, die USA werden das sicher auch tun.

Nur beim Gas ist es komplizierter, aber auch hier ist russisches Erdgas nicht alternativlos. Viele Förderländer wie die Niederlande und Norwegen könnten ihre Fördermengen erhöhen. Zusätzlich kann ein Teil des Gases über existierende Pipelinerouten beispielsweise aus Nordafrika importiert werden. Und ein anderer Teil kann mittels Flüssigerdgas (LNG) beispielsweise aus Katar oder den USA nach Europa transportiert werden.

Teil einer stringenten Energiewende muss aber auch ein Fokus auf konsequentem Energiesparen sein. Seit Jahrzehnten verschwenden wir Energie, indem wir sie ineffizient verbrennen. In punkto Energieeffizienz sind erneuerbare Energien unschlagbar. Weil wir versäumt haben, rechtzeitig auf sie umzusteigen, sind wir nun von stetig teureren fossilen Energien abhängig.

Aber: Wir können auch jetzt die Energiekosten reduzieren, indem wir endlich unseren Verbrauch drosseln. Das muss nicht mal unsere Lebensqualität mindern.

Statt „Spritpreisbremsen“ brauchen wir „Verschwendungsbremsen“. Gespart werden müsste vor allem beim Erdgas. Bei den Haushalten kann dies durch ein Absenken der Raumtemperatur, der Warmwassernutzung sowie den kurzfristig stärkeren Verbau von Wärmepumpen erreicht werden. Doch auch in der Industrie kann kräftig gespart werden. Unsere aktuellen Berechnungen basieren beispielsweise auf einer vollständigen Substitution von Erdgas in der Stromerzeugung (ohne Wärmeerzeugung). Insgesamt könnten Industrie und private Haushalte so 18 bis 26 Prozent an Erdgas einsparen. Wenn wir also davon ausgehen, dass das Angebot über andere Länder erhöht wird und gleichzeitig die Nachfrage durch Einsparungen sinkt, ist in einem realistischen Importstopp-Szenario lediglich mit einer Deckungslücke von zehn Prozent zu rechnen.

Um die Energieversorgung im kommenden Winter zu sichern, ist es notwendig, die vorhandenen Speicher rechtzeitig vor der nächsten Heizperiode auf 80 bis 90 Prozent aufzufüllen. Eine effizientere Nutzung des deutschen und europäischen Erdgaspipelinesystems auch zur Verbindung Deutschlands mit Südeuropa könnte die Situation weiter entspannen.

Angesichts der immer bedrohlicheren Klimakrise müssen wir ohnehin alles dafür tun, so schnell wie möglich von den klimazerstörenden fossilen Energien wegzukommen. Der Ausbau erneuerbarer Energien muss Priorität haben und Versorgungssicherheit erste Priorität. Planungs- und Ausbaurverfahren sollten und können mit der Begründung der Sicherstellung der Versorgung beschleunigt werden. Wir brauchen einen Booster für erneuerbare Energien und Energiesparen insbesondere im Gebäudebereich, aber auch in der Industrie. Ein Importstopp könnte ein solcher Booster sein.

Dieser Kommentar ist in einer längeren Fassung im FAZ-Magazin „Verantwortung“ in der Ausgabe 2/2022 erschienen.

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

89. Jahrgang 25. Mai 2022

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas
Menkhoff; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder;
Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Dr. Hella Engerer

Redaktion

Marten Brehmer; Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Petra Jasper;
Sandra Tubik

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, Stefanie Reeg, Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter